

Stadtrat Spalowsky über die Stellung der Staats- und Privatbeamten.

Eine Versammlung der Festbesoldeten.

Im Gemeindehaus Margareten fand kürzlich eine sehr gut besuchte Festbesoldetenversammlung statt, die StR. Ungermann a. y. eröffnete.

StR. Schmitz sprach über die Bedeutung, die der Beamten-schaft im neuen Staate zukommt und forderte zur Organisation auf. Er sagte u. a., daß der Beamte nicht mit dem Proletariat gehen kann, denn die Sozialdemokratie bringt kein Verständnis für geistige Arbeit auf, da sie zu materialistisch gefinnt ist. Der Beamte ist nicht zu entbehren. Er kann für einen Beruf nicht gewählt werden, sondern muß unbedingt eine entsprechende Vorbildung besitzen. Früher sind die Sozialisten selbst dagegen gewesen, indem sie beispielsweise am meisten gegen die alten Lehrerverhältnisse in Tirol wetterten. Heute aber zeigt die rote Fahne nicht das Verständnis für die geistige Arbeit, das die Intelligenz voraussetzen muß. (Beifall.)

StR. Spalowsky ergriff nun das Wort. Er verwies zunächst auf die große Bedeutung, die der Organisation zukommt. So habe es die Arbeiterschaft verstanden, sich durch diese solche Begünstigungen zu verschaffen, daß sie in finanzieller Hinsicht besser gestellt ist, als die Intelligenz. Die Sozialdemokratie müsse zur Einsicht kommen, daß die manuelle Arbeit vom Geiste geleitet werden muß, um den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen zu können. Die im öffentlichen Dienst Angestellten sind weit besser daran als die Privatbeamten. Die ersteren vermögen sich noch auf ein gesichertes Arbeitsverhältnis stützen, können nicht von heute auf morgen entlassen werden. Ferner genießen sie den großen Vorteil der Altersversorgung. Auf all dies muß der Privatangestellte verzichten; sein einziger Vorteil besteht in der durchschnittlich besseren Bezahlung. Für die öffentlichen Beamten werden sich die Behörden zu einer durchgreifenden Gehaltsregulierung entschließen müssen, denn die Gehaltsverhältnisse sind durch die Kriegslage weit überholt. Darin ist eben die Bevölkerung falsch unterrichtet; sie sieht nur die sichere Stellung, aber weiß nicht, wie weit dieses Sichere reicht. (Beifall.) In dieses Kapitel gehört auch das beständige Gleichstellen des Beamten mit dem Bürokraten.

Das Volk muß aufgeklärt werden, wer die Beamten sind und welche Bedeutung ihnen zukommt. Dann sieht der Bürger die Fürsorge für diese ein. Will er aber nicht für eine anständige Zahlung aufkommen, so wird ein Unwille in der Beamten-schaft Platz greifen, der sich unheilvoll in der Verwaltung zeigen wird. (Zustimmung.) Die Privatbeamten haben eine durchaus ungesicherte Stellung, die jedem Zwischenfall preisgegeben ist. Die Arbeit, die sie zu leisten haben, kommt einer rücksichtslosen Ausnützung gleich. (Beifall.) Der Privatbeamte hat eine längere Arbeitszeit als der Arbeiter, bekommt keine Ueberstundenzahlung und die kleinen Remunerationen, die er fallweise bekommt, sind zum Verhungern zu wenig. Der Kinderbesoldete erhält im Erkrankungsfalle freie ärztliche Behandlung, freie Medikamente und das Krankengeld, das aber viel zu gering ist, um sich während der Krankheit entsprechend zu nähren. Der höhere Angestellte bekommt überhaupt kein Krankengeld, sondern einen Monatsgehalt, wenn er dann noch nicht gesund ist, so wird er seiner Stellung verlustig. Das sind geradezu entsetzliche Zustände, die ein zu schaffendes Gesetz durchgreifend regeln muß. Auch die Altersversorgung bildet ein dunkles Kapitel; wenn man bedenkt, daß man mit 74 Jahren (Hör! Hör!) erst pensionsberechtigt ist, dann muß man wohl sagen, daß hier eine Verbesserung nottut. Zur Festlegung des Dienstverhältnisses müssen in den Städten eigene Kommissionen gebildet werden, die auf die zeitgemäße Regelung hinarbeiten. Redner nimmt zum Schluß unter großem Beifall Stellung gegen den Unfug der Massenproduktion in den Handwerkschulen.

Es sprachen noch Herr Ott und StR. Angermayer.